

Eckhard Stratmann-Mertens

August 1994

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, WIRTSCHAFTLICHE SCHRUMPFUNG UND ÖKOLOGISCH-SOZIALE RAHMENPLANUNG

Abgedruckt in:

Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftspolitik (Hg.): Probleme der Einheit. Ökologische und soziale Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses, Metropolis Verlag, Marburg 1994, S. 187-196

In seinem Beitrag zu diesem Band "Abschied vom Wachstum - Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik im deutsch-deutschen Einigungsprozeß" skizziert der Autor die These, daß eine ökologische Ökonomie mit permanentem Wirtschaftswachstum -auch in der Variante des qualitativen Wachstums- nicht vereinbar sei. Während in Zukunft für die Gesellschaften der Zweiten und Dritten Welt wirtschaftliche Entwicklung auch mit einem Wachstum der materiellen Gütermenge verbunden sei, erfordere die ökonomische Entwicklung in den entwickelten Industriegesellschaften der Ersten Welt aus Gründen der globalen ökologischen Belastungsgrenzen und der global-gerechten Verteilung der Entwicklungschancen eine Schrumpfung des Bruttosozialprodukts; dies gelte analog auch im Verhältnis von Ost- und Westdeutschland.

Becker/Brand haben sich in ihrem Beitrag zu diesem Band mit den Thesen von Stratmann-Mertens kritisch auseinandergesetzt:

- Sie halten die "behauptete Korrelation von wertmäßigem Wirtschaftswachstum -gemessen als Bruttosozial- (BSP) oder -inlandsprodukt (BIP)- und einer zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen" für äußerst fragwürdig.
- Die auf Wertgrößen (wie BSP) abstrahierten ökonomischen Prozesse ließen sich nicht als Orientierungsrahmen für die Bewältigung der ökologischen Krise nutzen, sie seien aus sozial-ökologischer Perspektive zumindest sekundär.
- Die Fixierung auf ökonomisches Wachstum -ob null, negativ oder "qualitativ"- könne leicht politisch in die Irre führen: Wer den Staat

mithilfe einer "wirtschaftspolitischen Globalsteuerung" zum "zentralen Vehikel ökologischer Politik" mache, verkenne andere Handlungsbedingungen und -möglichkeiten.

- Die Orientierung auf eine ökologische Kritik des wertmäßigen Wachstums sei zumindest im Blick auf die Ergebnisse seiner Analyse (Ökologie-Defizite beim Abschluß der Uruguay-Runde des GATT, der Tarif- und Steuerpolitik, beim Wohnungsbau und beim Ausbau der EU) überflüssig.

Im folgenden soll in Erwiderung auf diese Kritik der Versuch unternommen werden, unter dem Leitbild Nachhaltige Entwicklung den Zusammenhang von physischen Stoffgrößen und ökonomischen Wertgrößen (BSP) zu erläutern und Konsequenzen einer nachhaltigen Entwicklung für die Weiterentwicklung des politischen Planungsinstrumentariums aufzuzeigen.

1. Nachhaltige Entwicklung heißt Schrumpfung

Die These, daß für die Ökonomien der Ersten Welt eine nachhaltige Entwicklung eine Schrumpfung des Bruttosozialprodukts zur Folge habe, basiert keineswegs auf der Annahme einer schlichten Korrelation von BSP-Wachstum und Umweltzerstörung. Vielmehr ist die entscheidende Frage die nach der ökologischen Reichweite von -zum Teil längst realisierten- Entkopplungen physischer Verbrauchs- und Belastungsgrößen und monetärer Einkommensgrößen. Mit anderen Worten: Sind permanente technische Effizienzrevolution und Substitutionen in der Lage, auf Dauer die Entwicklungsdynamik der hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften mit ihren exponentiellen Wachstumskurven mit der Tragekapazität der Ökosphäre und deren wesentlich langsameren Anpassungsdynamik in Übereinstimmung zu bringen? In der Debatte um Nachhaltigkeit zeichnet sich ein Konsens ab, diese Frage zu verneinen und ergänzend auf Suffizienzstrategien (Wertewandel, Lebensstiländerung, "ökologischer Wohlstand", Verzicht) zu setzen.¹ Unsere Erwartung ist, daß eine Kombination von Effizienz-

¹ Es ist bemerkenswert, daß auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem "Umweltgutachten 1994" im Rahmen seiner Grundlagenreflexionen zum Leitbild einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" Restriktionen, d.h. auch gravierende Eingriffe in die gegenwärtigen Konsumgewohnheiten und materiellen Ansprüche, für ein unverzichtbares und in

und Suffizienzstrategien erheblich zur Reduzierung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumens und infolgedessen des Erwerbsarbeits- und Einkommensvolumens beitragen wird.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit kann nur operationalisiert werden, wenn gesellschaftlich/politisch Sollstandards definiert werden, die die menschlichen Natureingriffe in Übereinstimmung mit den Belastungsgrenzen der Natur bringen. Die Soll-Standards werfen mehrere Probleme auf, u.a.:

- ein Mengenproblem (Reduktion von Mengenverbräuchen und Mengenemissionen wegen der Belastungsgrenzen der Natur),
- ein Verteilungsproblem: "Eine Angleichung oder zumindest Annäherung der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern ist anzustreben" (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1994, Tz. 135);
- ein Zeitproblem: die Lösung des Mengenproblems und der internationalen und nationalen Verteilungsprobleme muß innerhalb gesetzter Anpassungsfristen vollzogen sein (vgl. etwa die Zeitfristen bezüglich der Reduktionsziele von CO₂).

Um die Stoffströme der hochindustrialisierten Länder in Einklang mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu bringen, fordert Schmitdt-Bleek (1993, 167ff.), diese Wirtschaften im Mittel um rund einen Faktor 10 zu dematerialisieren, wofür er einen Zeitraum von etwa 50 Jahren ansetzt. Wichtig ist, daß dieser "ökologische Sicherheitsfaktor 10" auf Grund des gegenwärtigen Stoffumsatzes abgeschätzt ist. In der gleichen Größenordnung liegen die notwendigen Reduktionen bis zum Jahr 2040 für eine Reihe von Schlüsselindikatoren für eine tragfähige Entwicklung, wie sie der niederländische Rat für Umweltforschung abgeschätzt hat²:

Notwendige Reduktion bis 2040:

u.a.:

Verbrauch von Öl	85%	global
" " Erdgas	70%	"

Zukunft wohl immer wichtiger werdendes Element einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung hält (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1994, Textziffern 394ff.).

² Siehe Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1994, 97f.

"	"	Kupfer	80%	"
		CO ₂ -Emissionen	80%	"
		Deposition von Cadmium	95%	national.

Die mit derartigen Reduktionserfordernissen verbundene Steigerung der Ressourcenproduktivität und Öko-Effizienz -ebenfalls etwa um den Faktor 10- dürfte im Bereich des technisch Machbaren liegen. Geht man allerdings davon aus, daß die Volkswirtschaften der reichen Industrieländer in den nächsten fünfzig Jahren weiterhin stetig wachsen, sagen wir um durchschnittlich 2 Prozent jährlich, wird ihr Bruttosozialprodukt in diesem Zeitraum auf mehr als das zweieinhalbfache und -ceteris paribus- der Gesamtstoffstrom pro Jahr ebenfalls gewaltig angestiegen sein. Entsprechend müßte sich der Faktor der ökologisch gebotenen Dematerialisierung erheblich erhöhen, damit der absolute Sollwert erreicht wird. Dies überschreitet aber offenkundig die Grenzen des Möglichen.

Es ist daher **kontraproduktiv, zwei entgegengesetzte Entwicklungsdynamiken in Gang zu setzen bzw. zu halten: ökologisch eine Dematerialisierung um den Faktor 10 und ökonomisch eine stetige Wachstumsdynamik.** Die Wachstumsdynamik wird absehbar die Erfolge der Dematerialisierung kompensieren, zumindest aber unzumutbar vermindern und verzögern. Indirekt wird dies bestätigt durch die empirischen Befunde einer vergleichenden Länderstudie von Jänicke u.a. (1992): "Ökologisch aber ist die Differenz von Wachstumsraten ein Umweltpolitikum für sich: niedrige Wachstumsraten sind ökologisch eher kompensierbar als hohe. Japan hat trotz eindrucksvoller Strukturveränderungen keine absoluten Umweltentlastungen erzielt, weil das hohe Wachstumstempo diese wieder aufhob, weil der negative Mengeneffekt den positiven Technikeffekt konterkarierte. Schweden hat mit einem geringeren Strukturwandel bei geringem Wachstum z.T. vergleichsweise größere absolute Entlastungen erzielt" (Jänicke 1993, 15f.). Anders herum gedeutet könnte man auch sagen: **Länder mit einer -in kontrollierter Weise- schrumpfenden Wirtschaft können bei gleicher Politik des ökologischen Umbaus ein höheres Maß an absoluter Umweltentlastung erreichen als Länder mit wachsender Wirtschaft.**

Jänicke kommt auf der Grundlage der empirischen Länderstudie zu der notwendigen Unterscheidung einer ökologisch tragfähigen Entwicklung von entkoppeltem ("qualitativem") Wachstum, denn der herkömmliche Begriff des "qualitativen Wachstums" berücksichtigt noch nicht den Unterschied zwischen Bestands- und Flußgrößen. "Das Problem der Industriegesellschaften liegt also nicht nur und nicht so sehr in ihrem Wachstum. Das eigentliche Problem entsteht durch den Akkumulationsprozeß der Flußgrößen Rohstoffe und Energieträger (bzw. Abfälle und Emissionen), die auch dann, wenn sie nicht 'wachsen', auf der Bestandsebene (ceteris paribus) Jahr für Jahr um 100 Prozent zunehmen." (Jänicke 1993, 7) Hinsichtlich der Wachstumsfrage ist daher -in Zuspitzung gegenüber Jänicke- zu sagen: Gerade weil das eigentliche ökologische Problem durch den physischen Akkumulationsprozeß der genannten Flußgrößen entsteht, wird dieses Problem durch den ökonomischen Akkumulationsprozeß (genannt Wirtschaftswachstum) verschärft, und zwar in Abhängigkeit von der Höhe der Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts.

Fazit:

Gegenüber der Kritik von Becker/Brand (s.o.) an der Orientierung des Autors auf eine ökologische Kritik des wertmäßigen Wirtschaftswachstums ist zu betonen:

1. Die Bemühung um eine nachhaltige Entwicklung muß in erster Linie die physischen Belastungsgrenzen der Ökosphäre erforschen und auf der Basis ihrer -abgeschätzten- Kenntnis physische Soll-Standards für die zukünftige ökonomische/technologische Entwicklung angeben.
2. Zwar sind monetäre Aggregatgrößen wie das Bruttosozialprodukt aus sozial-ökologischer Perspektive sekundär, damit sind aber die in ihnen zum Ausdruck kommenden Prozesse nicht weniger real und wirksam. Es kommt gerade in der Nachhaltigkeitsdebatte darauf an, die **Rückwirkung der mithilfe ökonomischer Wertgrößen gemessenen Prozesse auf stoffliche Prozesse** zu betonen und zum Gegenstand genauerer Forschung zu machen.
3. Es fällt auf, daß zwar weithin der Widerspruch zwischen den Prinzipien der Nachhaltigkeit und dem traditionellen wirtschaftlichen Fortschritts- und Wachstumsmodell aufgedeckt wird, dennoch aber eine Versöhnung von nachhaltiger Entwicklung und monetärem/"qualitativem" Wachstum angestrebt wird.

4. Auf der Basis der bisherigen Kenntnislage gibt es plausible -nicht mehr, aber auch nicht weniger- Gründe für die Annahme, daß in den reichen Industriestaaten eine nachhaltige Entwicklung

- a) eine Schrumpfung der monetär gemessenen Wertschöpfung zur Folge haben wird und
- b) eine derartige gesellschaftlich und politisch gewollte Schrumpfung -unter bestimmten Voraussetzungen (s.u.)- den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung samt ihrer Wohlfahrtsgewinne fördern kann.

5. Die Schrumpfungsthese (als Arbeitshypothese) hat darüberhinaus einen heuristischen Sinn:

- sie öffnet die Augen für die kontraproduktiven Effekte des Wirtschaftswachstums und einer staatlichen wie überstaatlichen (z.B. im Rahmen des GATT oder des IWF) Wachstumspolitik auf dem Wege zur Nachhaltigkeit;
- auf ihrer Basis können ökonomische und soziale Wirkungen einer -eventuell- ökologisch unvermeidlichen Schrumpfung (bezüglich Arbeitsvolumen, Realeinkommen, Steuereinnahmen, Sozialsysteme u.a.) untersucht werden;
- sie erlaubt es daher, rechtzeitig Rahmenbedingungen zu formulieren, unter denen eine solche Schrumpfung ökonomie-, sozial- und demokratieverträglich verlaufen kann.³

2. Ökologisch-soziale Rahmenplanung

Bei den folgenden Überlegungen geht es keineswegs darum, "den Staat zum zentralen Vehikel ökologischer Politik" zu machen und andere Handlungsmöglichkeiten für den ökologischen Umbau gering zu achten, wie Becker/Brand kritisch anmerken. Vielmehr müssen die Instrumente ökologischer Steuerung in verschiedener Richtung weiterentwickelt und ausgebaut werden:

- ökonomische Instrumente (u.a. Umweltabgaben, Haftungsrecht)
- organisatorische (u.a. ökologische Mitbestimmung, UmweltdirektorIn) und informationelle (u.a. Ökobilanzen, Umweltökonomische Gesamtrechnung) Instrumente und

³ Diese Untersuchungsarbeit soll in einem Forschungsprojekt "Ökonomische und soziale Folgen einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland" geleistet werden, das in Kürze vom Autor und anderen begonnen wird.

- staatliche Steuerungsinstrumente (u.a. Ordnungsrecht, integrierte Umweltplanung).⁴

Hinsichtlich der Trendwende zu einer nachhaltigen Entwicklung gibt es in Deutschland ein völliges Defizit an einer integrierten Umweltplanung. Das Spezifikum des Konzeptes Nachhaltige Entwicklung -wenn es mehr sein soll als eine wohlfeile Redewendung- ist es, die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung als eine innere Einheit zu betrachten, und dies sowohl national als auch global. Dies erfordert dann allerdings auch von vornherein ein Zusammenwirken und eine innere Stimmigkeit der entsprechenden Fachpolitiken und die Entwicklung langfristig orientierter Politikplanung.

Eine solche Langfristplanung ist schon die Voraussetzung für die informationelle Basis einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung. Die Entwicklung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, an der das Statistische Bundesamt derzeit arbeitet, erfordert u.a. einen politischen Entscheidungsprozeß, der der Statistik belastungsbezogene Sollstandards vorgibt; anders ist methodisch die Wertgröße Nachhaltiges Volkseinkommen (oder: Ökosozialprodukt) zur umweltbezogenen Korrektur des Bruttosozialprodukts gar nicht zu bestimmen (Radermacher 1993, 337-339). "Zunächst sollten physische Normen für Umweltfunktionen, die auf Kriterien für Gesundheit und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ... basieren, definiert werden. Davon ausgehend sollen die Ausgaben geschätzt werden, die für die Erreichung dieser Standards notwendig sind. Schließlich ist das BSP um die auf diese Weise ermittelten Kosten zu bereinigen." (Hueting 1989, 227)⁵

Zur Umsetzung einer solchen, an nachhaltigen Sollstandards orientierten Entwicklung bedarf es einer entsprechenden Umweltplanung. Als Beispiel und Vorreiter für eine derartige Planung kann der **Nationale Umweltpolitikplan der Niederlande** (National Environment

⁴ Eine wohltuend undogmatische und differenzierte Diskussion der Instrumente zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung bietet der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1994, 130-176).

⁵ Radermacher (1993) vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden bezieht sich zur Berechnung eines à-posteriori-Ökosozialprodukts ausdrücklich u.a. auf diesen Ansatz von Hueting.

Policy Plan) dienen, dem selbst der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen eine Pilotfunktion bescheinigt (1994, Tz. 141f.). Dieser Umweltplan stellt langfristige (bis zum Jahr 2010) quantifizierte Ziele zum Abbau von Umweltbelastungen auf einem dauerhaft-umweltgerechten Niveau dar, benennt zeitlich gestaffelte Zwischenziele und definiert Schritte und Maßnahmen zur Erreichung der Reduktionsziele in den verschiedenen Verursacherbereichen (Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Haushalte u.a.); dabei werden ökonomische, soziale und technische Realisierungsaspekte berücksichtigt und beständig präzisiert. Der Umweltpolitikplan wird alle vier Jahre veröffentlicht, nachdem er samt seiner zeitlich gestaffelten quantitativen Zielvorgaben von Beginn an in einem Prozeß entwickelt worden ist, bei dem alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen und die verschiedenen Regierungsebenen beteiligt wurden (integrativer Planungsansatz). Eng bezogen auf den Umweltpolitikplan ist der nationale Umweltbericht; er analysiert, ob die Maßnahmen ausreichen, um die von der Regierung formulierten Umweltziele zu erreichen.

Aus der Perspektive der niederländischen Umweltpolitikplanung wird das Defizit der deutschen Umweltpolitik deutlich, z.B. im Bereich des Klimaschutzes. Hier wurde zwar von der Bundesregierung ein ehrgeiziges CO₂-Reduktionsziel beschlossen (- 25-30% bis 2005), aber es fehlen die verbindliche Angabe von quantifizierten Zwischenschritten und hinreichende Maßnahmen zu ihrer Umsetzung; daraus erklärt sich auch der bisher rein deklamatorische Charakter des angestrebten Reduktionszieles.

Es ist offenkundig, daß eine derartige Umweltplanung, die am Leitbild einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung ausgerichtet ist, eine grundlegende Modernisierung des politischen Systems verlangt. Kennzeichen dieser Modernisierung wären u.a. die positive Besetzung politischer Planung, die in Deutschland -besonders seit dem Ende der DDR- in Verruf steht, als auch die Partizipation der gesellschaftlichen Gruppen am Planungsprozeß. Ganz im Gegensatz dazu steht die Verkürzung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland, wie sie in den neueren Gesetzen zur Beschleunigung und Vereinfachung der Verkehrswegeplanung als auch im Investitionserleichterungs- und Wohnbaurandgesetz vorgenommen worden ist.

Im Sinne einer Integration der ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung ist es allerdings notwendig, die im Umweltplan vorzuschlagenden Maßnahmen auf ihre absehbaren ökonomischen und sozialen Wirkungen hin zu prüfen und bei Zielkonflikten Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Zu prüfen sind u.a.:

- die Kosten bzw. die finanziellen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen,
- die Arbeitsplatzeffekte,
- die regional- und gesamtwirtschaftlichen Folgen.

Das Ergebnis dieser Prüfungen muß sich in aufeinander abgestimmten mittelfristigen Rahmenplänen niederschlagen:

- Umweltpolitikplan (oder: ökologischer Rahmenplan)
- Rahmenplan für den Arbeitsmarkt
- mehrjährige Investitionsprogramme der öffentlichen Hände
- mittelfristige Finanzplanung der öffentlichen Hände.

Auch die regionale Strukturpolitik wie die Konjunkturpolitik müssen sich an dieser integrierten mittelfristigen Rahmenplanung orientieren. Die Aufgabe der Konjunkturpolitik wäre es zwar weiterhin, für eine stetige wirtschaftliche Entwicklung Sorge zu tragen, allerdings nicht mehr wie bisher im Sinne eines stetigen Wachstums, sondern orientiert an den vorgegebenen Zielen der Nachhaltigkeit, eventuell also unter Inkaufnahme einer stetigen Schrumpfung des Bruttosozialprodukts.

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung erfordert u.E. zwingend die Entwicklung einer entsprechenden öffentlichen Planungskultur mit effizienten Institutionen.⁶ Im Unterschied zu den bürokratischen Planungsmethoden der "real-sozialistischen" Staatswirtschaften ist dabei von besonderer Bedeutung:

- der Einbezug der Öffentlichkeit und der relevanten gesellschaftlichen Gruppen auf allen Ebenen der Planung,
- eine möglichst weitgehende Dezentralisierung bei der Umsetzung der politisch entschiedenen Umweltqualitätsziele,
- ein verstärkter Einsatz ökonomischer, marktwirtschaftlicher Instrumente zur Zielverwirklichung.

⁶ Zur weiteren Erörterung und Konkretisierung dieses Ansatzes vgl. Stratmann-Mertens 1991.

Ein derartiger Planungsaufwand mag bei dem derzeitigen Meinungsklima in Deutschland befremdlich erscheinen. Deswegen sei in diesem Zusammenhang noch einmal der Sachverständigenrat für Umweltfragen zitiert: "Das Konzept einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung bedingt erweiterte staatliche Umweltaufgaben, die prinzipiell auch mit Freiheitsbeeinträchtigungen verbunden sind. Es müssen daher alle Anstrengungen unternommen werden, um die mit dem staatlichen Aufgabenzuwachs verbundene Ausdehnung staatlicher Intervention und Freiheitsbeeinträchtigung gesellschaftlich erträglich zu gestalten. /.../ Die freiheitsbeschränkende Wirkung des Konzeptes einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung kann in gewissem Umfang dadurch kompensiert werden, daß möglichst weitgehend ökonomische Instrumente, Privatisierung des Umweltschutzes und neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung eingesetzt werden." (1994, 13)

Literatur:

- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1994:
Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, Stuttgart Verlag Metzler-Poeschel
- Huetting, Roefie, 1989: Perspektiven einer umweltbezogenen Korrektur des Bruttosozialprodukts, in: Leipert, Ch./Zieschank, R. (Hg.), Perspektiven der Wirtschafts- und Umweltberichterstattung, Berlin edition sigma, S. 219-228
- Jänicke, Martin/Mönch, Harald/Binder, Manfred u.a., 1992:
Umweltentlastung durch industriellen Strukturwandel? Eine explorative Studie über 32 Industrieländer (1970 bis 1990), Berlin edition sigma
- Jänicke, Martin, 1993: Ökologisch tragfähige Entwicklung: Kriterien und Steuerungsansätze ökologischer Ressourcenpolitik, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU), Freie Universität Berlin - FFU-Report 93-7
- Radermacher, Walter, 1993: Nachhaltiges Einkommen. Gedanken zur Naturbewertung in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung, Wirtschaft und Statistik 5/1993, S. 331-339
- Schmidt-Bleek, Friedrich, 1993: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS - Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Berlin-Basel-Boston Birkhäuser Verlag

Stratmann-Mertens, Eckhard, 1991: Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft, in: Stratmann-Mertens, E./Hickel, R./Priewe, J. (Hg.), Wachstum - Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt S.Fischer Verlag, S. 177-200